



SPD KÄMPFT FÜR FAIRE MIETEN UND DIE SCHAFFUNG BEZAHLBARER WOHNUNGEN

>>> Bundesweit fehlen Millionen Sozialwohnungen. Familien, Alleinerziehende, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Migrationshintergrund finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Und auch in Rheinbach ist die Wohnungsknappheit allgegenwärtig. Deshalb muss die Stadt handeln. Viel zu lange haben Bürgermeister Raetz (CDU) und die Fraktionen von CDU und FDP in Rheinbach der Schaffung bezahlbaren Wohnraums keine große Bedeutung zugemessen. Sie haben vielmehr ganz bewusst, Grund und Boden den Marktgesetzen überlassen.

Mehr und mehr Menschen können sich auch in Rheinbach Wohnen in unserer Stadt nicht mehr leisten, weil Wohnungen viel zu oft ausschließlich zu Renditeobjekten geworden sind und so preiswerter, bezahlbarer Wohnraum fehlt. Das ist zynisch und menschenverachtend. Wohnen ist ein soziales Grundrecht.

Seit Jahren fordert die SPD Rheinbach, eine aktive Wohnungspolitik zu betreiben. Bürgermeister und die Ratsmehrheit von CDU und FDP haben solche Initiativen bisher immer abgelehnt. Wir wollen, dass ein Anteil von mindestens 30 Prozent der realisierten Vorhaben

für den geförderten Wohnungsbau reserviert wird. Bei Bauvorhaben, die private Flächen betreffen, soll im Rahmen der Bauleitplanung ein öffentlich-rechtlicher Vertrag mit vergleichbaren Vereinbarungen geschlossen werden. Dies gilt insbesondere für die Bauvorhaben auf dem Majolika-Gelände und dem Pallotti-Areal.

Fehlender Wohnraum führt zu explodierenden Mieten. Die aktuelle Mietpreisentwicklung vertieft die soziale Spaltung. Erst wenn genügend Wohnraum vorhanden ist, werden sich die aus der Kontrolle geratenen Mietpreise normalisieren.

RHEINBACHER KINDER MÜSSEN IN RHEINBACH EINEN SCHULPLATZ FINDEN

>>> Seit Monaten beschäftigen sich die Ratsfraktionen und die Verwaltung in Rheinbach mit der Situation der Gesamtschule. Die bisherige Aufnahmekapazität der Schule und die aktuellen Vorgaben aus dem Schulgesetz machen es nicht möglich, allen Rheinbacher Kindern einen Schulplatz an der Gesamtschule zu garantieren.

Deshalb fordert die SPD Rheinbach konkret:

1.) Für die Gesamtschule muss eine durchgängige Sechszügigkeit geschaffen werden, die bereits schul-

rechtlich zum Schuljahr 2019/2020 umgesetzt werden muss, auch wenn bauliche Folgemaßnahmen erst später realisiert werden.

2.) Die Landesregierung muss das Schulgesetz ändern und die Sekundarschule der Gesamtschule gleichstellen. Rheinbach muss in die Lage versetzt werden, Schüler abzulehnen, die in der eigenen Kommune eine Sekundarschule besuchen können. Seit Gründung der Gesamtschule belegen insbesondere Swisttaler Schüler pro Jahrgang mehr als eine Klasse an der Rheinbacher Gesamtschule.

Die SPD möchte in Rheinbach eine Gesamtschule, die ihren Bildungsauftrag optimal erfüllen kann. Dazu zählt nicht nur die bauliche, sondern auch die personelle Ausstattung. Wie auch in der gerade erschienenen OECD Studie zur Bildung festgestellt wird, entscheidet ein gutes Bildungsumfeld stärker über den Lernerfolg, als das soziale Umfeld der Kinder. Hier ist besonders die Landesregierung in der Pflicht. Wir brauchen eine gute Lehrerversorgung und zusätzliche Stellen von Sozialarbeitern, damit Chancengleichheit möglich ist.



VERKEHRSPLANUNG VERZÖGERT SICH WEITER

>>> Im April 2017 wurde der Masterplan Innenstadt im Stadtrat einstimmig beschlossen. Er enthält 37 Maßnahmen, wie sich die Innenstadt entwickeln soll, darunter die Umwandlung der Hauptstraße in eine verkehrsberuhigte Geschäftsstraße mit Tempo 20. Dazu ist eine Verkehrsplanung für die Kernstadt notwendig.

Diese braucht man auch, um sinnvoll einen Bebauungsplan für das ehemalige Schulgelände der Pallottiner aufstellen zu können. Dort ist nach dem Master-

plan Wohnbebauung vorgesehen. Mehr Wohnraum bedeutet jedoch mehr Verkehr und ob im Kreuzungsbereich Pallottstraße/Vor dem Voigtstor/Gymnasiumstr. noch mehr Verkehr verkräftet werden kann, das müssen Verkehrsuntersuchungen und eine Verkehrsplanung zeigen.

Das wird aber bisher nicht angepackt. Der Umsetzungszeitraum des Masterplans Innenstadt wurde stattdessen um ein Jahr nach hinten geschoben. Nun will überraschend ein Investor die Eckbe-

bauung Löherstraße/Vor dem Voigtstor abreißen und durch einen abgerundeten Neubau ersetzen. Dies würde einen Zweirichtungsverkehr an dieser Engstelle künftig ermöglichen und den Weg frei machen zur Entlastung der Hauptstraße vom Durchgangsverkehr. Die Umwandlung der Hauptstraße in eine verkehrsberuhigte Geschäftsstraße wäre dann möglich, selbst eine Fußgängerzone denkbar. Nur ohne Verkehrsplanung geht nichts.

RADVERKEHR BENACHTEILIGT

In der Turmstraße sind keine Radwege mehr geplant

>>> „Bei allen zukünftigen Neu- und Umbauten von Straßen sind die Belange des Fußgänger- und Radverkehrs als erste Priorität zu prüfen und zu berücksichtigen.“ So das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Rheinbach. Die Realität sieht leider anders aus. Beispiel Turmstraße:

Die Turmstraße ist ein wichtiger Schulweg. Sie wird so umgebaut, dass die heute vorhandenen Radwege wegfallen, damit auf der Straße Platz geschaffen wird für einen ungestörten Begegnungs-

verkehr selbst für LKW. Radfahrerinnen und Radfahrer dürfen sich zukünftig ohne Schutz die Straße mit den Autos teilen. Das ist das Gegenteil von Radverkehrsförderung. Besser wäre, man würde die Turmstraße so lassen, wie sie ist.

Ihre eigene Meinung zum Radfahren in Rheinbach können Sie übrigens noch bis zum 30. November beim Fahrradklimatetest kundtun unter:

www.fahrradklimatetest.de

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil **Seite 2**

Schwarz-Grün im Kreis steht beim Wohnungsbau auf der Bremse **Seite 3**

SPD kämpft für bezahlbare Mieten in Rheinbach **Seite 4**

Gesamtschule Rheinbach muss 6-zügig werden **Seite 4**



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flöer (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspurig Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.